

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST



150 Jahre SPD

Thema Arbeit
auf Seite 2 und 3

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - Mai 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD feiert in diesem Jahr ihr 150-jähriges Jubiläum! Grund genug für uns an die Geschichte der ältesten demokratischen Organisation in Deutschland zu erinnern. Mit einer Kurz-Historie auf der Titelseite versuchen wir, der Geschichte unserer Partei gerecht zu werden. Detailliertere Informationen speziell zum Thema „Widerstand der SPD zur NS-Zeit“ findet ihr auf der zweiten Seite.

Gleichzeitig dient die traditionelle Mai-Ausgabe der FAUST dazu, auf die Missstände in der Arbeitswelt und den Wert der Arbeit hinzuweisen. Insbesondere unser Artikel auf Seite drei beschäftigt sich mit dem Thema der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben. Auf den Wert und die Zentralität der Erwerbsarbeit geht zudem ein Artikel auf der zweiten Seite ein.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe natürlich noch mit der Problematik von hohen Mietkosten und der Diskriminierung von Homosexuellen in der Gesellschaft. Außerdem beschäftigt sich der Kommentar dieses Mal mit der kritischen Betrachtung des Extremismusbegriffes.

Wir wünschen Euch wie immer viel Spaß beim Lesen und einen sonnigen Start ins Frühjahr 2013!

Eure FAUST-Redaktion

150 Jahre SPD

Kurzgeschichte der ältesten Partei Deutschlands

23.5.1863 Gründung des SPD-Vorläufers, des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV), u.a. durch Ferdinand Lassalle.

8.8.1869 Gründung der zweiten Vorgängerorganisation, der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) u.a. durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

22.5.1875 Fusion des ADAV und der SDAP zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP).

1878 Das von Reichskanzler Bismarck initiierte „Gesetz gegen gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetze) – Verbot sozialistischer Parteien, Publikationen und politischer Versammlungen – konnte die Sozialdemokratie nicht zerschlagen.

1890 ist die SAP bei den Reichstagswahlen wählerstärkste Partei und setzt die Sozialistengesetze außer Kraft; kurz darauf beschließt sie auf ihrem Parteitag die Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD).

1914 Als der erste Weltkrieg ausbricht, billigt die SPD Kriegskredite. Kriegsgegner in der Partei spalten sich ab und gründen die „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD).

1918 dankt Kaiser Wilhelm II. ab, Philipp Scheidemann (MSPD) ruft unter bürger-

lichem, Karl Liebknecht (USPD) unter sozialistischem Hintergrund am Abend des 9.11.1918 die Republik aus; das bürgerliche Lager setzt sich mit der Gründung der Weimarer Republik durch.

1933 Nachdem die NSDAP unter Hitler die Regierung in der Weimarer Republik

stellt, lehnt die SPD-Reichstagsfraktion als einzige Fraktion das Ermächtigungsgesetz der Nazis ab. Daraufhin wird sie wie andere Organisationen verboten und tausende Mitglieder werden verfolgt und ermordet.

1945 wird die SPD in Hannover neu gegründet.

1946 Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, unter

Kontrolle der UdSSR; Verhaftungen und Hinrichtungen vieler Sozialdemokraten, Flucht vieler Sozialdemokraten in die westlichen Besatzungszonen.

1969 Erste sozialliberale Koalition unter Führung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ – viele Sozialreformen wie das BAföG und eine Annäherungspolitik an Osteuropa werden umgesetzt.

1998 Erste rot-grüne Bundesregierung – Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie, später innerparteiliche Konflikte durch Konzept „Fördern und Fordern“.



Lisa Sophie Reinke

Einfach mal reinklicken:

www.jusos-bs.de **jusos**  **stadt braunschweig**

Extremismusklausel

Ein Kommentar von Enrico Hennig

Seit Jahren muss die Bevölkerung die Statistiken über Straftaten aus dem sogenannten

„extremistischen Lager“ zur Kenntnis nehmen.

Die Gleichsetzung von rechts- und

linksextremistisch

motivierten Taten stellt dabei die Tiefpunkte für die selbst ernannten Schützer der demokratischen Grundordnung, dem Verfassungsschutz, dar. Grundlage dieser undifferenzierten Analyse ist die

Extremismusklausel, laut der es neben den zwei Rändern (linkes und rechtes

Extrem) eine „demokratische Mitte“ in unserer Gesellschaft gibt, in die alle

Mitglieder einer Gesellschaft integriert werden sollen.

Wir Jusos lehnen diese Klausel bereits seit Jahren ab. Denn die Problematik ist

vielschichtiger und alles was unter dem sogenannten „Linksextremismus“ zu verstehen ist, kann und darf nicht mit dem

Phänomenen des „Rechtsextremismus“ gleichgesetzt werden. Von daher sollte man sich ganz vom Begriff des Extremismus

verabschieden und der Unterteilung in progressiv und reaktionär folgen. Denn auch militante Nazis sind nichts anderes

als das reaktionärste, was eine Gesellschaft hervorbringen kann.

Statt sich durch Extremismusdebatten ins Nichts-Tun und in eine reine Symbolpolitik wie dem NPD-Verbot zu flüchten, gäbe es die Möglichkeit, sich um die

eigentliche Hauptproblematik zu kümmern: Den Kampf gegen den (unterschweligen) Rassismus in der Mitte der Gesellschaft!

Um diesen gewinnen zu können, ist es nur richtig und wichtig antifaschistische Gruppen vor Ort durch Räumlichkeiten, Finanzierungen und ausgebildetes Personal

durch Kommunen zu fördern. Gleichzeitig muss damit aufgehört werden, antifaschistische Projekte zu diffamieren und linken

kritischen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen.

Wir Jusos werden dahingehend unseren Beitrag auch in Zukunft leisten und uns im Rahmen der Bündnisarbeit weiterhin

mit antifaschistischen Gruppen vernetzen und austauschen.



Gegen das Vergessen – Widerstand der SPD zur NS-Zeit

Nachdem Adolf Hitler 1933 zum Reichskanzler gewählt wurde, begann für die SPD die wohl härteste Zeit ihrer Parteigeschichte. Genau wie die KPD wurde auch die SPD zu Beginn der Machtübernahme

verfolgt. Viele Genossinnen und Genossen wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Trotz allem lehnte die SPD als

einzige Fraktion im Reichstag der Weimarer Republik das Ermächtigungsgesetz von 1933 als diktatorischen Bruch mit der Weimarer

Verfassung ab, wobei die gesamte KPD-Fraktion wie auch einige Mitglieder der SPD-Fraktion vor der Abstimmung

widerrechtlich in „Schutzhaft“ genommen oder vertrieben wurden. Insbesondere ein Satz aus der Rede des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden, Otto Wels, ist

heute noch vielen Menschen im Gedächtnis: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Am 22. Juni 1933

wurde die SPD verboten und ihre Organisationen zerschlagen.

In Braunschweig wurde die SPD-Zentrale, das Volksfreundhaus, am 9. März 1933

gestürmt und von der SS besetzt. Die Einrichtung des Hauses wurde zertrümmert

und Wertgegenstände beschlagnahmt. Die anwesenden SPD-Mitglieder wurden gefoltert, schwer misshandelt und be-

gingen zum Teil aufgrund von qualvollen Schmerzen aus dem dritten Stock springend Selbstmord. Alle anderen wurden eingesperrt und nach einigen Stunden unter Misshandlungen entlassen.

Das Gelände um das Volksfreundhaus wurde abgesperrt. Akten, Zeitungen, Fahnen und Werbematerialien wurden auf Scheiterhaufen verbrannt. Dies war die zweite Bücherverbrennung der Nazis

deutschlandweit, nachdem in Dresden bereits einen Tag zuvor eine Bücherverbrennung stattfand. Aus Braunschweig wurden unter anderem bekannte Persönlichkeiten wie Dr. Heinrich Jasper

verhaftet und gefoltert. Wie viele andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten starb Jasper unter qualvollen Bedingungen im Konzentrationslager.

Diese Geschichte darf sich nie wiederholen. Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur. Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Franziska Kabbe

Arbeit und menschliche Würde – die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit



Arbeit hat eine Doppelfunktion für den Menschen. Auf der einen Seite sichert Arbeit das Einkommen des Menschen

und sorgt dafür, dass er aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Grundsätzlich muss es Menschen

möglich sein, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu finanzieren. Deshalb ist es für uns Jusos von zentraler Bedeutung, für gute

Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne zu kämpfen.

Darüber hinaus müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir die Erwerbsarbeit menschenwürdig gestalten. Dies bedeutet, dass wir Jusos uns auch für die Rechte von

ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden, für Arbeitsschutz, Pausenzeiten sowie die Reduzierung von Arbeitsbelastungen einsetzen. Arbeitslosigkeit hat schlimme

Folgen für Menschen, sie vermittelt ihnen das Gefühl von Nutzlosigkeit und Isolation. Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen,

sprechen wir Jusos uns für eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Weiterbildungsmaßnahmen aus.

Allerdings hat Arbeit nicht nur eine finanzielle Bedeutung für den Menschen (die so genannte „materielle Bedeutung“), sondern auch eine weitere Relevanz, die sehr

wichtig ist: Arbeit bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, ist an einem entscheidenden gesellschaftlichen Prozess, der Wert-

schöpfung, beteiligt. Dies liegt in der Natur des Menschen, da dieser von sich aus ein Beteiligungsbedürfnis hat. Dies zeigt sich unter anderem an den sozialen Kontakten, die während der Arbeit entstehen.

Eine weitere zentrale Bedeutung liegt in der Selbstverwirklichung, die Menschen durch Arbeit erfahren. Durch die Mitarbeit können Menschen ihre Ideen in Prozesse einbringen, Zielen nachgehen und Herausforderungen meistern.

Stefan Hillger

und Wertgegenstände beschlagnahmt. Die anwesenden SPD-Mitglieder wurden gefoltert, schwer misshandelt und be-

gingen zum Teil aufgrund von qualvollen Schmerzen aus dem dritten Stock springend Selbstmord. Alle anderen wurden eingesperrt und nach einigen Stunden unter Misshandlungen entlassen.

Das Gelände um das Volksfreundhaus wurde abgesperrt. Akten, Zeitungen, Fahnen und Werbematerialien wurden auf Scheiterhaufen verbrannt. Dies war die zweite Bücherverbrennung der Nazis

deutschlandweit, nachdem in Dresden bereits einen Tag zuvor eine Bücherverbrennung stattfand. Aus Braunschweig wurden unter anderem bekannte Persönlichkeiten wie Dr. Heinrich Jasper

verhaftet und gefoltert. Wie viele andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten starb Jasper unter qualvollen Bedingungen im Konzentrationslager.

Diese Geschichte darf sich nie wiederholen. Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur. Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Franziska Kabbe

Arbeit hat eine Doppelfunktion für den Menschen. Auf der einen Seite sichert Arbeit das Einkommen des Menschen

und sorgt dafür, dass er aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Grundsätzlich muss es Menschen

möglich sein, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu finanzieren. Deshalb ist es für uns Jusos von zentraler Bedeutung, für gute

Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne zu kämpfen.

Darüber hinaus müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir die Erwerbsarbeit menschenwürdig gestalten. Dies bedeutet, dass wir Jusos uns auch für die Rechte von

ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden, für Arbeitsschutz, Pausenzeiten sowie die Reduzierung von Arbeitsbelastungen einsetzen. Arbeitslosigkeit hat schlimme

Folgen für Menschen, sie vermittelt ihnen das Gefühl von Nutzlosigkeit und Isolation. Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen,

sprechen wir Jusos uns für eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Weiterbildungsmaßnahmen aus.

Allerdings hat Arbeit nicht nur eine finanzielle Bedeutung für den Menschen (die so genannte „materielle Bedeutung“), sondern auch eine weitere Relevanz, die sehr

wichtig ist: Arbeit bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, ist an einem entscheidenden gesellschaftlichen Prozess, der Wert-

schöpfung, beteiligt. Dies liegt in der Natur des Menschen, da dieser von sich aus ein Beteiligungsbedürfnis hat. Dies zeigt sich unter anderem an den sozialen Kontakten, die während der Arbeit entstehen.

Eine weitere zentrale Bedeutung liegt in der Selbstverwirklichung, die Menschen durch Arbeit erfahren. Durch die Mitarbeit können Menschen ihre Ideen in Prozesse einbringen, Zielen nachgehen und Herausforderungen meistern.

Stefan Hillger

Her mit der Knete! – Bis zum 21. März umsonst gearbeitet?

Europaweit verdienen Frauen etwa 16 % weniger als Männer. In Deutschland liegt der Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern sogar bei 22 %. Der Equal Pay Day markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Dieses Jahr war der Equal Pay Day am 22. März. Die bereits seit den 1950er Jahren verbotenen ‚Frauenlöhne‘ kommen noch immer verdeckt vor.

2008 wurde der Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, auf Initiative der Business and Professional Women (BPW) Germany erstmals in Deutschland durchgeführt. Entstanden ist der „Tag für gleiche Bezahlung“ in den USA. Initiatorinnen waren die amerikanischen Business and Professional Women (BPW/USA), die 1988 die „Red Purse Campaign“ ins Leben riefen, um auf die bestehende Lohnkluft hinzuweisen. Diesen Gedanken griff der BPW Germany auf und startete die Initiative „Rote Tasche“ – der Grundstein der bundesweiten Einführung des Equal Pay Day. Die roten



Taschen stehen für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen.

Seit 2008 hat der Equal Pay Day in Deutschland immer mehr Fahrt aufgenommen. In diesem Jahr finden mehr als 700 Veranstaltungen in ganz Deutschland statt, um die Menschen auf die Gehaltsungleichheiten aufmerksam zu machen.

Der Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern (Gender Pay Gap) von 22 % berechnet sich aus der Differenz aus dem Bruttostundenlohn der Männer und dem Bruttostundenlohn der Frauen unabhängig u.a. von Qualifikation, Beruf, Branche oder Region. Im Bereich der Akademikerinnen und Führungspositionen nimmt der Gender Pay Gap nicht, wie zu erwar-

ten wäre ab, sondern erhöht sich noch auf 28 % bzw. 30 %.

Der Gender Pay Gap liegt unter Berücksichtigung dieser Faktoren – also die Entgeltunterschiede im gleichen Beruf, bei gleicher Qualifikation – immer noch bei 8 %.

Unsere Forderungen sind daher:

- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8,50 €
- Verhinderung des Missbrauchs der Minijobs
- ein Gesetz gegen die Lohndiskriminierung von Frauen
- Frauen in Führungspositionen fördern: mit einer festen Quote in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern: z.B. mit dem Ausbau der Kinderbetreuung
- Stereotype auflösen: „Typische Frauen- und Männerberufe“ sind längst nicht mehr zeitgemäß

Miriam Riedel-Kielhorn
& Nadine Hermann



Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

Bei Interesse Abschnitt abgeben bei: Jusos in der SPD, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig oder E-Mail an: info@jusos-bs.de

Gegen jede Form der Diskriminierung! Für sofortige Gleichstellung der Homoehe!

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ – so steht es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Im Deutschen Grundgesetz wird ebenfalls darauf verwiesen, dass niemand aufgrund seines Geschlechtes benachteiligt werden darf.

Trotz alledem werden noch heute Homosexuellen dieselben Rechte wie Heterosexuellen verwehrt. Zwar dürfen in Deutschland seit einigen Jahren gleichgeschlechtliche Ehen vor dem Standesamt geschlossen werden, im Steuer- oder Adoptionsrecht ist die Homoehe jedoch weiterhin untergeordnet.

Für uns Jusos ist dieser Zustand nicht mehr hinnehmbar und wir fordern eine sofortige gesetzliche Gleichstellung der

Homo-Ehe! Es spielt bei der Erziehung von Kindern keine Rolle, welches Geschlecht die Eltern besitzen, sondern ob sie in einer liebevollen Umgebung aufwachsen. Diese ist bei gleichgeschlechtlichen Eltern nicht weniger gegeben als bei der klassischen Ehe. Ebenso wird durch die Gleichstellung, anders als von vielen Konservativen befürchtet, die ursprüngliche Form der Ehe nicht angetastet.

Trotz öffentlicher Kritik wird es unter der von Angela Merkel geführten schwarz-gelben Bundesregierung keine Änderung geben, so dass nur eines bleibt: Wer die Gleichstellung für Homosexuelle und ein Ende der Diskriminierung möchte, muss bei der Bundestagswahl dieses Jahr für den Rot-Grünen Wechsel stimmen!

Peter Senftleben

Suchst Du noch oder wohnst Du schon? Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht

Lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen und oftmals 100 Bewerber auf eine Wohnung – dieses Bild sieht man leider immer häufiger. Die besondere Attraktivität großer Städte und die Zunahme von Singlehaushalten hat das Wohnungsangebot knapp werden lassen. Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen von über 10 % in den letzten fünf Jahren waren keine Seltenheit. Dieser Trend könnte sich in Zukunft noch verstärken, da immer mehr Menschen aus ländlichen Regionen in die Stadt ziehen. Dass dies gerade für junge Menschen ein Problem darstellt, versteht sich von selbst.

Azubis und Studierende können sich diese Mieten oft nicht leisten und ziehen bei besonders vielen Bewerbern auf eine Wohnung meist den Kürzeren. Vor allem zum Semesterbeginn ist dies sehr problematisch. In einigen Städten geht es soweit, dass für ein 9 m² großes Zimmer 300 € verlangt werden, die kaum ein Studierender jeden Monat aufbringen kann. Dabei ist für uns Jusos der bezahlbare Wohnraum ein Recht, dass jedem Menschen zustehen muss.

Deshalb darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zugehört werden, gesetzliche Regelungen sind daher nötig. Miet-

erhöhungen bei Neuvermietungen müssen begrenzt werden. Außerdem sind kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften zu stärken, da diese nicht nur profit- sondern gemeinwohlorientiert arbeiten. Auch Studentenwerke müssen in die Lage versetzt werden, ausreichend Wohnraum für Studierende anbieten zu können.

Ismail Ünüverdan
& Franziska Kabbe

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen
und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.
Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Falkenzentrum SUB (Kuhstraße 28 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Juso-Unterbezirk Braunschweig
www.jusos-bs.de
Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809821
V.i.S.d.P.: Enrico Hennig
Redaktion: Enrico Hennig,
Peter Senftleben, Franziska Kabbe
Druck: BS Print DigitalRepro GmbH
Auflage: 3.500 Exemplare



Fußballturnier
Magnikirchplatz
Samstag 15. Juni,
Beginn 10.00 Uhr
Mannschaftsgröße: 3er-Teams

Getränke und Essen gibt es zu erschwinglichen Preisen.
Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung bis 12. Juni
bei Enrico Hennig
Jusos Braunschweig
Tel. 0531 31781737
info@jusos-bs.de

jusos  **braunschweig** | weitere Infos unter www.jusos-bs.de